

ANGRIFFEN AUF DIE FREIHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE ENTSCHLOSSEN ENTGEGENTRETEN

Am 18. Januar 2025 kündigte Alice Weidel auf dem Parteitag der AfD an, dass eine Regierung unter ihrer Führung alle Einrichtungen der Gender Studies schließen würde. „Wir schmeißen alle diese Professoren raus“, so Weidel. Damit konkretisiert sie die programmatische Ablehnung einer ganzen Disziplin und droht, massiv in die Freiheit von Forschung und Lehre einzugreifen. Diese Äußerungen sind nicht nur verfassungswidrig, sondern auch zutiefst antidemokratisch. Mit einem Angriff auf die Gender Studies wird ein Präzedenzfall geschaffen, der sich beliebig auf andere wissenschaftliche Disziplinen und Arbeitsfelder ausweiten lässt.

Die Geschlechterforschung ist seit über 30 Jahren fester Bestandteil der Fakultät für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Als Trägerfakultät der Gender Studies-Studiengänge und des Marie Jahoda Center for International Gender Studies weisen wir jegliche Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und die Gender Studies entschieden zurück.

Die Wissenschaftsfreiheit ist mit Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) vor politischen Eingriffen geschützt und als Menschenrecht weltweit verbürgt. Sie bildet einen unverzichtbaren Bestandteil demokratischer Staaten und ihrer politischen Ordnung. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte muss diese Freiheit als unantastbares Fundament unserer Demokratie gewürdigt, verteidigt und stets neu verwirklicht werden. Jeder Eingriff in akademische Strukturen und die Freiheit der Forschung beschädigt nicht nur die wissenschaftlichen Institutionen und deren internationales Ansehen; es fügt auch der Demokratie als Ganzes erheblichen Schaden zu. Die Freiheit der Wissenschaft ist untrennbar mit der Freiheit der Gesellschaft verbunden, denn ohne sie gibt es weder Innovation noch Fortschritt – beides jedoch basiert auf Forschung.

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft gilt uneingeschränkt für alle Forschungsbereiche. Sie stellt sicher, dass wissenschaftlicher Fortschritt möglich ist, und bildet so die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit von Demokratie und Pluralismus. Konstruktive, sachliche Kritik und die offene Diskussion über Forschung und Lehre in der breiten Öffentlichkeit sind ebenso wichtige Bestandteile dieses Fortschritts wie die Wissenschaftskommunikation. Jegliche Versuche, einzelne Forschende, Forschungsgruppen oder Fachrichtungen zu diskreditieren oder zu bedrohen, lehnen wir in aller Deutlichkeit ab. Wissenschaftsfeindlichkeit und Intellektuellenfeindlichkeit sind zentrale Merkmale autoritärer Politik, die das gesellschaftliche Vertrauen in die Wissenschaft untergraben. Wir verurteilen jegliche Drohungen gegen Forschende, sei es im Bereich der Gender Studies oder in anderen Disziplinen. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass die Autonomie von Wissenschaft und Hochschulen für das demokratische System von entscheidender Bedeutung ist. Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit sind Angriffe auf die Demokratie selbst.